Mehr Generationen Haus

Protokoll zum Expertennetzwerktreffen am 01.04.2014 in Koblenz

Moderation: Annemarie Gerzer-Sass (SAG)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Ursula Kopp (BMFSFJ)
Christiane Kompch-Maneshkarimi
Helmut Priebe
Christian Gräber
Urthe Böhnert
Henriette Eichner
Ralf Hoffmann
Irmgard Neuss
Heike Binne
Felicitas Flöthner
Richard Palm
Heike Kötter
Birgit Wessel
Angelika Seidler
Gudrun Haas
Annette Köppel
Marianne Reißing
Maren Düsberg
Dr. Monika Meyer-Klette
Prof. Irmgard Teske
Andrea Laux
Christa Burghard
Katharina Ludwig (SAG)

Entschuldigt:
Sabine Genther
Rainer Picker
Kerstin Wenzl
Roland Weidner
Klaudia Dworschak
Wolfgang Rückert
Holger Reinboth

Agenda

09.00	Begrüßung durch Felicitas Flöthner vom gastgebenden MGH Koblenz
09.15	Stand Fachgruppen – Veränderungen, Neustrukturierungen, Veranstaltungen
10.30	Informationen des BMFSFJ (Frau Ursula Kopp)
12.30	Mittagessen mit der Möglichkeit einer Hausführung
13.30	Stand Ländervernetzungen – aktuelle Veranstaltungen, Diskussion zum Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

14.30 Verschiedenes - Austausch über einzelne Aktivitäten von Mehrgenerationenhäusern im Expertennetzwerk

15.30 Verabschiedung

Stand Fachgruppen – Veränderungen, Neustrukturierungen, Veranstaltungen

Fachgruppe Nachhaltige Finanzierung

Mitglieder der Fachgruppe: Christa Burghardt, Maren Düsberg, Klaudia Dworschak, Henriette Eichner (Input zum Protokoll), Felicitas Flöthner, Ralf Hoffmann, Dr. Monika Meyer-Klette, Marianne Reißing

Ein zentraler Punkt für die Fachgruppe ist die Planung eines Fachtages. Das geplante Thema ist: „Mehrgenerationenhäuser als Zugewinn für die Kommunen unter dem Aspekt einer nachhaltigen Finanzierung“. Der Fachtag soll sich dann auf die Ergebnisse des Themas im 2. Quartal „Mehrwert der Mehrgenerationenhäuser für die Kommunen“ stützen, thematisch die Ergebnisse und Erkenntnisse der Regionalkonferenzen mit einbeziehen sowie die dann eventuell feststehende weiterführende Förderung der Mehrgenerationenhäuser berücksichtigen. Deshalb wurde das ursprüngliche Vorhaben, den Fachtag im Frühjahr 2014 stattfinden zu lassen, in Absprache mit dem BMFSFJ auf das 3. Quartal 2014 (am 30.09.2014 oder in direkter Nähe zu diesem Termin) gelegt. Der Fachtag wird gemeinsam mit der Serviceagentur und in Abstimmung mit dem BMFSFJ geplant.
Weiterhin hat sich die Fachgruppe mit der Frage beschäftigt, welche Argumentation im Dialog mit Kommunen und anderen öffentlichen Stellen in Bezug auf die Förderung und die derzeitige Planungsphase auf Bundesebene für die Mehrgenerationenhäuser geeignet ist.

Fachgruppe Kommunale Vernetzung

Mitglieder der Fachgruppe: Annette, Köppel, Urthe Böhnert, Christian Gräber, Andrea Laux, Heike Kötter, Kerstin Wenzl (kein weiterer Input zum Protokoll)

Als neues Mitglied der Fachgruppe engagiert sich Christian Gräber aus dem Mehrgenerationenhaus Saarlouis. Die Fachgruppe hat bereits im Vorfeld des Treffens in Koblenz eine Telefonkonferenz durchgeführt. Im Bereich nachhaltige Etablierung der Mehrgenerationenhäuser in der Kommune darf es nach Ansicht der Fachgruppe nicht nur darum gehen, den Blick darauf zu richten, wie die Kommune von den Mehrgenerationenhäusern profitieren kann. Vielmehr sollten sich die Mehrgenerationenhäuser wieder auf ihre Grundkompetenzen (generationenübergreifendes Arbeiten) besinnen und sich mit diesem Alleinstellungsmerkmal vor Ort einbringen. Konkrete Aktivitäten der Fachgruppe sind derzeit

nicht in Planung.

Fachgruppe Ländlicher Raum

Mitglieder der Fachgruppe: Christiane Kompch-Maneshkarimi, Wolfgang Rückert, Gudrun Haas, Roland Weidner, Holger Reinboth, Angelika Seidler (kein weiterer Input zum Protokoll)

Es wurde eine (Dokumentations-)Broschüre zum MGH-Fachtag Ländlicher Raum in Oestrich-Winkel am 28.05.2013 erstellt, die nun für 15 Euro beim Mehrgenerationenhaus Oestrich-Winkel erhältlich ist.
Weiterhin wurden ergänzende Fördermöglichkeiten für Mehrgenerationenhäuser im ländlichen Raum diskutiert und Informationen zum Start der neuen EU-Förderperiode für ländliche Räume 2014 bis 2020 zusammengestellt (siehe auch Anlage 1). Jedes Mehrgenerationenhaus sollte in seiner Kommune/Gemeinde nach solchen Fördermöglichkeiten fragen. Hilfreiche Informationen dazu befinden sich im Anhang.

Fachgruppe Lehre und Forschung

Mitglieder der Fachgruppe: Prof. Irmgard Teske (Input zum Protokoll), Annemarie Gerzer-Sass (Input zum Protokoll), Heike Binne, Irmgard Neuss, Prof. Dr. Jörn Dummann

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Buchprojektes „Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ wurde eine Diskussion zur weiteren Fortführung der Fachgruppe geführt. Die Anwesenden sind sich einig, dass die Fachgruppe „Lehre und Forschung“ vor allem Themen für den Theorie-Praxis-Transfer bearbeiten sollte. Dies könnte ein gezielter Transfer des Mehrgenerationenansatzes in die Gemeinwesenarbeit hinein sein. Hierfür könnte eine Kooperation mit der Sektion Gemeinwesenarbeit in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit sowie mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit angestrebt werden. Um die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser in den entsprechenden Gremien bekannt zu machen, sollten zeitnah bereits erste Kontakte aufgenommen werden.
Ein möglicher weiterer Themenschwerpunkt könnte das Thema Gesundheit und seine Bedeutung für die Arbeit in den Mehrgenerationenhäusern sein. Ähnlich dem Empowermentansatz, der die theoretische Basis der sozialen Arbeit in den Mehrgenerationenhäusern beschreibt, könnte für das Thema Gesundheit der Salutogeneseansatz sein. Die Salutogenese (Gesundwerdung) ist ein auf den Medizinsoziologen Aaron-Antonowsky (1923-1994) zurückgehendes Modell, das die kognitiven Bewältigungsstrategien zur Abwendung von Gesundheitsrisiken betont und damit die Selbstheilungskräfte des einzelnen Menschen unterstützt. Für die Entscheidung der Bearbeitung des Gesundheitsthemas ist noch eine Abstimmung innerhalb der Fachgruppe notwendig, da ein Mitglied der Gruppe nicht anwesend sein konnte.

Fachgruppe Marke MGH

Mitglieder der Fachgruppe: Richard Palm, Birgit Wessel
(kein weiterer Input zum Protokoll)

Das bisherige Mitglied der Gruppe Matthias Altwasser hat das Mehrgenerationenhaus Kirchheim unter Teck verlassen und ist somit auch aus dem Expertennetzwerk und der Fachgruppe ausgeschieden.
Im Moment gibt es keine konkreten oder geplanten Aktivitäten der Gruppe. Aus dem Plenum wurde angeregt, den Offenen Treff als zentrales Merkmal der Mehrgenerationenhäuser wieder verstärkt einzubeziehen. Die Fachgruppe wird dies für ihre weitere Arbeit aufgreifen.

Informationen des BMFSFJ

- **Mögliche Weiterfinanzierung der Mehrgenerationenhäuser durch den Bund:**

Frau Ursula Kopp, BMFSFJ, begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter des Expertennetzwerks. Sie informierte darüber, dass im BMFSFJ derzeit die Möglichkeiten der Umsetzung der Absichtserklärungen aus dem Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode geprüft werden. Dieser Prozess steht in engem Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundeshaushalts für die Jahre 2015 ff. und nimmt entsprechend der dafür geltenden Termine und Fristsetzungen noch einige Zeit in Anspruch.
Sobald es weitergehende Informationen gibt, werden die Mehrgenerationenhäuser davon in Kenntnis gesetzt.
Erfreulich ist die nach wie vor breite und parteiübergreifende Unterstützung aus dem parlamentarischen Raum für das Aktionsprogramm, die sich derzeit auch in vielen Unterstützungsschreiben an die Leitung des BMFSFJ zeigt.

Eine Kofinanzierung aus ESF-Mitteln wird ab 2015 nicht möglich sein, da eine Aufnahme in das Operationelle Programm des Bundes in der neuen ESF-Förderperiode (2014-2020) nur für Programme und Maßnahmen mit nachweisbarer, einzelfallbezogener Arbeitsmarktintegration möglich ist. Eine entsprechende inhaltliche Umorientierung würde dem Grundkonzept der niedrigschwelligen, generationenübergreifenden Arbeit in den Mehrgenerationenhäusern widersprechen und einzelne Zielgruppen (u.a. Generation 65+) ausschließen. Für ein künftiges Programm müssen deswegen entsprechend Mittel des Bundes bzw. der Länder und Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Seitens der Bundesländer ist dem BMFSFJ derzeit lediglich die Planung des Landes Niedersachsen bekannt, auch in den Jahren 2015 und 2016 Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen mit 5.000,- Euro jährlich aus Landesmitteln (mit) zu finanzieren.

Die (zwingende) Kofinanzierung der Mehrgenerationenhäuser durch die Kommune im Aktionsprogramm II hat eine erfreuliche und für beide Seiten gewinnbringende Annäherung der Mehrgenerationenhäuser an die Kommunen bewirkt.

In der weiteren Diskussion zu einem möglichen neuen Programm wurde seitens der MGH-Vertreter/innen eingebracht, dass das zentrale Merkmal der Mehrgenerationenhäuser, die generationenübergreifende Arbeit, wieder stärker im Fokus stehen müsse, ebenso wie der Offene Treff, der für den niedrigschwelligen Zugang zu den Mehrgenerationenhäusern steht.

- **Informationen zu den anstehenden Regionalkonferenzen:**

Im Sommer 2014 werden vier MGH-Regionalkonferenzen durchgeführt (19.06.2014 Berlin, 26.06.2014 Bamberg, 01.07.2014 Hamburg, 08.07.2014 Mannheim). Zu den Regionalkonferenzen werden – wie im vergangenen Jahr – auch kommunale Vertreterinnen und Vertreter eingeladen und aktiv in die Diskussion einbezogen. Hierzu gab es im Vorfeld eine Abfrage bei den Mehrgenerationenhäusern zu ihren zentralen Vertreterinnen und Vertretern in den Kommunen. Ergänzend eingeladen, werden auch die Landrätinnen und Landräte aus Landkreisen, die die Mehrgenerationenhäuser in ihren Landkreisen ergänzend (mit) finanzieren.
Im Rahmen der Regionalkonferenzen wird Rambøll Management Consulting GmbH Ergebnisse der derzeit laufenden monetären Wirkungsanalysen vorstellen und übertragbare Praxisansätze mit den Konferenzteilnehmenden diskutieren.
In der Diskussion wurde unterstrichen, dass die (ansatzweise) monetäre Messbarkeit sozialer Arbeit die Wertstellung der Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen erhöhen kann. Somit ist es von großer Wichtigkeit, den kommunalen Verantwortlichen deutlich zu machen, warum es sinnvoll ist, in soziale Infrastrukturprojekte wie die Mehrgenerationenhäuser zu investieren.
Herr Hoffmann wies darauf hin, dass es in NRW einen „Masterplan Quartier“ gibt, in dem solche Debatten geführt werden. Auch wurde auf das Evangelische Zentrum für Quartiersentwicklung hingewiesen, weitere Informationen unter www.quartiersentwicklung-zentrum.de.

- **Hinweise zur Informationsmappe „Nutzen und Wirkungen der Mehrgenerationenhäuser - Stimmen der Kommunen“:**

In 13 ausgewählten Standortkommunen wurden Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen durchgeführt, die die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Mehrgenerationenhäusern beschreiben. Ergänzend zu den Interviews wird allen Häusern im Intranet eine Vorlage zur Verfügung gestellt, die es ermöglicht, für das eigene Mehrgenerationenhaus eine entsprechende Darstellung zu erarbeiten. Der Versand der Informationsmappen ist für Mitte Mai 2014 geplant. Diese Informationsmappe soll die Mehrgenerationenhäuser in Gesprächen mit kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern dabei unterstützen, ihre Leistungen und ihren Mehrwert für die Kommune

gut zu präsentieren.

- **„MGH-Demografie Paket“:**

Um die Mehrgenerationenhäuser bei Veranstaltungen zum Thema „Demografischer Wandel“ zu unterstützen, wurde ein sogenanntes „Demografie Paket “ erarbeitet, welches inhaltliche Dokumente, aber auch Give aways für Veranstaltungen enthält. Der Versand an die Häuser ist für Sommer 2014 geplant.

- **Informationen zum Bund-Länder-Treffen und Kooperationsgruppentreffen:**

Programmbegleitend zum AP II finden regelmäßig Bund-Länder-Gespräche des BMFSFJ mit Vertreterinnen und Vertretern der 16 Länder sowie der Kommunalen Spitzenverbände statt. Ergänzend dazu tagt ebenfalls in regelmäßigen Abständen die programmbegleitende Kooperationsgruppe, der neben den Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden auch die Bundesvertretungen der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und weiteren Organisationen angehören. Ziel ist die gegenseitige Information und Diskussion zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsprogramms. Beim letzten Kooperationsgruppentreffen am 04.12.2013 waren Vertreterinnen und Vertreter aus drei Mehrgenerationenhäusern eingeladen. Die Diakonievertreterin, in deren Trägerschaft sich das Mehrgenerationenhaus Rehau und das Mehrgenerationenhaus Hof befinden, stellte den Einfluss des generationenübergreifenden Ansatzes auf die eigenen Trägerstrukturen dar. Das Mehrgenerationenhaus Norden in Trägerschaft der Kreisvolkshochschule (Landkreis Aurich) präsentierte die Umsetzung des generationenübergreifenden Ansatzes in anderen Kommunen des Landkreises. Von den Schwierigkeiten, aber auch den Gelingensfaktoren solcher Umsetzungen in einem großen Landkreis wie z.B. dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, berichtete die Vertreterin des Mehrgenerationenhauses Großzimmern.

Diskussion zur Vorlage der BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege) eine Bundesvertretung für die Mehrgenerationenhäuser mit zu übernehmen

Die BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege) hat in einer Vorlage zu einem Gespräch der BAGFW-Mitgliederversammlung mit den Landesarbeitsgemeinschaften am 12.12.2013 Überlegungen angestellt, eine Bundesvertretung für die Mehrgenerationenhäuser mit zu übernehmen (siehe auch Anlage zur Einladung des Expertennetzwerkes). Diese Vorlage wurde von Frau Heike Binne aus dem Mehrgenerationenhaus Bremen-Lüssum eingebracht. Sie

hat dieses Schreiben als Vertreterin der bremischen Diakonie, die in der Landesarbeitsgemeinschaft vertreten ist, erhalten. Mit der Bitte, dies auf dem nächsten Expertennetzwerk zu besprechen, hat sie es an die Serviceagentur weitergeleitet. In dem Schreiben werden die einzelnen LAGFW (Landesarbeitsgemeinschaften der freien Wohlfahrtspflege) beauftragt herauszufinden, ob bei den Mehrgenerationenhäusern ein Koordinationsbedarf, vor allem nach Ende der Bundesförderung, besteht. Diese Abfrage läuft derzeit bei den Mehrgenerationenhäusern, die Mitglied in einem Wohlfahrtsverband sind. Die damit erzielten Ergebnisse auf Länderebene sollen dann eine Grundlage für weitere Entscheidungen der BAGFW sein. Das BMFSFJ wurde von Seiten der BAGFW nicht über diese Aktivitäten informiert, obwohl die BAGFW auch Mitglied in der Kooperationsgruppe ist. Über die Vorlage der BAGFW haben sich die einzelnen Fachgruppen bereits im Vorfeld des Treffens ausgetauscht. Insgesamt wurde der Vorstoß in der Diskussion kritisch gesehen, es wurde jedoch auch positiv hervorgehoben, dass der Verband sich mit der Frage auseinandersetzt, wie die Vernetzung für die Mehrgenerationenhäuser nach Beendigung der Bundesförderung aussehen könnte.
In NRW haben die Mehrgenerationenhäuser bereits eine Stellungnahme dahingehend abgegeben, dass schon eine gute Vernetzung besteht und keine weiteren Vernetzungen der Mehrgenerationenhäuser unter dem Dach der BAGWF nötig sind. Auch wurde deutlich gemacht, dass durch eine mögliche Vernetzung über die BAGFW eine Spaltung unter den Mehrgenerationenhäusern auftreten könnte, da sich die Vielfalt der Trägerstrukturen in dem Verband nicht abbildet. Dennoch sollten die Mehrgenerationenhäuser über die Landesarbeitsgemeinschaften der BAGFW versuchen, mit ihnen in einen Dialog zu treten. Anfragen aus den Landesarbeitsgemeinschaften sollen an Henriette Eichner aus dem Mehrgenerationenhaus Nordenham gemeldet werden. Sie sammelt diese und fasst sie zusammen

Stand der Ländervernetzungen (siehe Anlage 2)

Diskussion zur Bundesvernetzung

Eine Vernetzung und Vertretung der Mehrgenerationenhäuser auf Bundesebene wird im Expertennetzwerk seit Herbst 2013 diskutiert. Die bisherige Debatte bezog sich vor allem darauf, ob es in den Mehrgenerationenhäusern einen Konsens über eine Bundesvernetzung gibt und wie hierfür Mitglieder legitimiert werden können. Bei den Mitgliedern des Expertennetzwerks handelt es sich nicht um entsprechend legitimierte Vertreterinnen und Vertreter der Mehrgenerationenhäuser. Teilweise wurden einzelne Personen durch die Serviceagentur angesprochen und teilweise hat sich das Gremium zur Bearbeitung von Fachthemen selbst zusammengestellt.
Die Frage nach einer Bundesvernetzung wurde nun auf zwei aufeinanderfolgenden Moderationskreistreffen (Q4/2013 und Q1/2014) und auch in den jeweiligen Landesvernetzungen der Mehrgenerationenhäuser diskutiert, mit dem Ergebnis, dass sich eine

Mehrheit der Moderationskreise und Landesvernetzungen für eine Bundesvernetzung ausspricht. In den Landesvernetzungen von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen wird diese Frage noch bis zum Sommer 2014 final geklärt. Eine Übersicht über die Zustimmungen zu einer Bundesvernetzung findet sich in der Anlage 2. Die Landesvernetzungen in Brandenburg und Rheinland-Pfalz werden eine Bundesvernetzung nicht aktiv vorantreiben, stimmen aber generell zu. Insgesamt ist man sich darüber einig, dass es auf Bundesebene legitimierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner als Lobby für die Mehrgenerationenhäuser sowohl für den bundespolitischen als auch den fachpolitischen Bereich geben sollte. Die Frage, wie sich eine Bundesvernetzung demokratisch legitimieren könnte, wurde auf den Moderationskreistreffen schon dahingehend geklärt, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Landesvernetzungen legitimiert sind, sich an dem Aufbau einer Bundesvernetzung zu beteiligen. Um die Idee der Bundesvernetzung noch im Jahr 2014 zu konkretisieren, soll ein gesondertes Treffen der legitimierten MGH-Vertreterinnen und Vertreter dazu dienen, eine genaue Zielsetzung zu formulieren und eine Klärung herbeizuführen, wie eine Vertretungsform strukturiert sein könnte. Dafür ist ein Treffen im Juni in Kassel geplant, zu dem der vorgenannte Personenkreis eingeladen ist, die
Um dieses Treffen vorbereiten zu können, erklärten sich sowohl Frau Flöthner vom Mehrgenerationenhaus Koblenz als auch Herr Palm vom Mehrgenerationenhaus Berlin-Reinickendorf bereit, die Statuten von Landesvernetzungen zu sichten, inwieweit sie als Vorlage für eine Bundesvernetzung dienen könnten. Dafür sollten die Statuten von Landesvernetzungen – falls vorhanden- an diese beiden Personen geschickt werden.
Bei einer möglichen Bundesvernetzung werden voraussichtlich die personellen Überschneidungen mit dem Expertennetzwerk hoch sein. Wenn es zu einer Bundesvernetzung kommt, müssen die konkreten Aufgaben der Bundesvernetzung in Abgrenzung zu möglichen Aufgaben eines auch künftigen Expertennetzwerks formuliert werden. Mit Blick auf die fachlich anstehenden Aufgaben in den einzelnen Arbeitsgruppen des Expertennetzwerks sollte hierzu ein grundsätzlicher Austausch stattfinden.

Nächste Veranstaltungen:

16.06.2014:	Treffen zur Diskussion einer möglichen Bundesvernetzung in Kassel
20./21.10.2014:	Treffen des Expertennetzwerks in Friedberg

Protokoll: Katharina Ludwig (SAG)
Annemarie Gerzer-Sass (SAG)